



Ein Bild, das künftig weniger Seltenheitswert haben soll: Ein ultraorthodoxer Jude, zu erkennen an der für einen Soldaten unüblichen Haartracht, wird nach dem Ablegen des Gelöbnisses mit einer Waffe ausgestattet. Foto: Jim Hollander, dpa

Israel schließt eine Gerechtigkeitslücke

Armee Künftig müssen auch ultraorthodoxe Juden Wehrdienst leisten. Seit der Gründung des Staates waren sie davon befreit. Die Strenggläubigen reagieren erbost

Jerusalem Das israelische Parlament hat eine historische Entscheidung getroffen: Schrittweise wird nun auch für ultraorthodoxe Männer die Wehrpflicht eingeführt. Damit endete am Mittwoch die seit Ausrufung der Unabhängigkeit Israels 1948 bestehende generelle Freistellung streng religiöser Männer vom Dienst an der Waffe. Ziel der Neuerung ist eine gerechtere Verteilung der Lasten sowie eine bessere Eingliederung der immer größeren ultraorthodoxen Gemeinschaft in die Gesellschaft. Allerdings laufen die auch „Haredim“ genannten Ultraorthodoxen Sturm gegen die Entscheidung und könnten das Land in schwere innere Konflikte stürzen.

Für den Antrag der Regierung stimmten 67 der 120 Knesset-Abgeordneten in Jerusalem, sagte Parlamentssprecher Jotam Jakir. Nur ein Regierungsabgeordneter votierte mit Nein. Vor allem Finanzminister Jair Lapid von der Zukunftspartei hatte sich „die gleiche Verteilung der Lasten“ und damit das Ende der Befreiung tiefergläubiger Juden vom Wehrdienst auf die Fahnen geschrieben. Sein Parteifreund, Wissenschaftsminister Jaakov Peri, sagte: „Erstmals wird ein Problem, das im Zentrum des Konflikts innerhalb der israelischen Gesellschaft steht, gelöst werden. Dramatische Veränderungen stehen an.“ Die Opposition aus ultraorthodoxen sowie linken

und liberalen Kräften boykottierte die Debatte und die Abstimmung. Mosche Gafni von der oppositionellen ultraorthodoxen Partei Vereinigtes Thorajudentum reagierte zornig: Die Haredi-Gemeinschaft werde Regierungschef Benjamin Natanjahu „nicht vergeben“.

Das Gesetz sieht vor, dass in einer Übergangsphase bis Juli 2017 jährlich Quoten von mehreren Tausend strengreligiösen Rekruten erfüllt

werden. Sollten die Quoten nicht erfüllt werden, tritt von Juli 2017 an die Wehrpflicht für alle ultraorthodoxen 18-Jährigen in Kraft. Ausgenommen von der Wehrpflicht wären dann nur noch 1800 herausragende Studenten an Jeschivas, den jüdischen Religionsschulen für Männer. Dass Wehrdienstverweigerern auch Haft droht, erbost die Haredim besonders.

1948 waren nur etwa 400 Jeshiva-

Schüler vom Militärdienst befreit. Heute ist ihre Zahl nach Schätzungen auf mehr als 60 000 angestiegen. Der säkulare und moderat religiöse Teil der israelischen Gesellschaft empfindet diese Freistellung als nicht länger hinnehmbare Ungerechtigkeit. Ein erheblicher Teil der Ultraorthodoxen ist zudem nur pro forma in Thora-Schulen eingeschrieben, um so den Wehrdienst zu umgehen. (dpa)

Kommentar VON WINFRIED ZÜFLE

» w.z@augsburger-allgemeine.de

Sozialer Sprengsatz entschärft

Das war überfällig: Das israelische Parlament hat den ultraorthodoxen Juden ein Privileg genommen, das nicht mehr zeitgemäß war und zum Missbrauch regelrecht einlud.

Die Befreiung der strenggläubigen Thoraschüler vom Wehrdienst, die Staatsgründer David Ben-Gurion einst zugesagt hatte, betraf zunächst nur eine kleine Personengruppe. Im Laufe der Jahre wurde daraus jedoch ein Massenphänomen und damit auch ein sozialer Sprengsatz. Es war der Gesellschaft nicht mehr verständlich zu machen, weshalb alle jungen Männer zum dreijährigen Wehr-

dienst eingezogen wurden, nicht aber tatsächliche oder vermeintliche Religionsschüler.

Hinzu kommt, dass sich die Ultraorthodoxen die (Wieder-)Besiedelung der alten jüdischen Gebiete Judäa und Samaria auf die Fahnen geschrieben haben. Nach internationalem Recht handelt es sich dabei um das von Israel besetzte palästinensische Westjordanland. Die dortigen orthodoxen Siedler lassen sich von der israelischen Armee beschützen, in der ihre Söhne keinen Dienst tun. Sie erwarten, dass die anderen jungen Männer den Kopf für sie hinhalten. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen.

Eine der stärksten Armeen

- **Die israelischen Streitkräfte** „Zahal“ („Israels Verteidigungsarmee“) gilt als eine der professionellsten und stärksten Armeen der Welt. Männer müssen bisher drei Jahre (künftig 32 Monate) und Frauen zwei Jahre in der Armee dienen. Ausgenommen waren strengreligiöse Männer und Frauen sowie Araber.
- **Kopfzahl** Aus Sicherheitsgründen veröffentlicht die Armee nicht die genaue Zahl ihrer Soldaten. Nach internationalen Schätzungen hat Israel rund 621 500 einsatzfähige Soldaten, davon ein stehendes Heer von 176 500 Soldaten und 445 000 Reservisten.
- **Ultraorthodoxe** Obwohl sie vom Wehrdienst befreit waren, stieg ihre Zahl langsam an. 2013 wurden 2000 von ihnen eingezogen. (dpa)

EU stärkt die Rechte der Urlauber

Gesetz Auch wer seine Reise im Internet selbst zusammenstellt, soll sich besser wehren können

VON DETLEF DREWES

Brüssel Der Ärger begann wenige Wochen vor dem Abflug in die schönste Zeit des Jahres. Völlig unerwartet meldete sich der Reiseveranstalter mit einer nachträglichen Preisanhebung. Begründung: Die Airline hatte inzwischen den Kerosinzuschlag erhöht. Aus der Billigreise war ein teures Vergnügen geworden.

Das Europäische Parlament will solchem Treiben ein Ende setzen. „Wenn der Reiseanbieter Preiserhöhungen Dritter durchreichen will, sollte der Verbraucher das Recht haben, die Buchung ohne Zusatzkosten zu stornieren und sein Geld zurückzubekommen“, sagte der CDU-Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer. Einzige Bedingung: Der Nachschlag muss mehr als acht Prozent des Reisepreises betragen. Für deutsche Urlauber dürfte das einen Nachteil bedeuten: Sie können derzeit schon bei Preiserhöhungen von mehr als fünf Prozent die Buchung stornieren.

Das ist nur ein Detail der neuen EU-Regelungen für Pauschalreisen- und Urlauber, die sich ihre Ferien selbst am Computer per Mausklick zusammengestellt haben. Deren Zahl wächst seit Jahren. Im Vorjahr waren es in der gesamten Union bereits 120 Millionen. Die wenigsten wissen allerdings, dass die gängigen Reiseportale dabei lediglich als Vermittler auftreten. Sollte bei Flug, Hotel oder Mietwagen etwas schiefgehen, müssen sie bisher nicht für die Folgen aufkommen.

Portale wie Expedia können künftig haftbar gemacht werden

Solche Bausteinreisen, die über Expedia, Opodo oder andere Portale erfolgen, sollen künftig unter die Regelungen der EU-Richtlinie fallen, die nun nach 24 Jahren zum ersten Mal angepasst wird. Wichtigster Grundsatz: Reise-Vermittler sind gegenüber dem Kunden künftig voll verantwortlich und können deshalb auch für Abweichungen von den zugesagten Leistungen haftbar gemacht werden.

Vor Reiseantritt hat der Veranstalter oder der Vermittler dem Verbraucher eine Aufstellung zu überlassen, die alle Ansprechpartner und

Verantwortlichen für die einzelnen Buchungen auflistet sowie die Kosten inklusive aller Zusatzgebühren nennt. „Europaweite harmonisierte Regeln zur Buchung erleichtern das sorglose Reisen“, erklärte die SPD-Verbraucherschutzexpertin Evelyn Gebhardt. „Jetzt kommt es endlich zur Angleichung der Haftungsregeln.“

Deshalb werden sich die an einer Reise beteiligten Unternehmen künftig auch mehr anstrengen müssen, um eine reibungslose An- und Abfahrt zum Urlaubsort sicherzustellen. So billigten die Abgeordneten den Touristen Regressansprüche zu, sollte sich ein Flug mehr als drei Stunden verspäten. Falls eine pünktliche Heimreise wegen „unvermeidbarer und außergewöhnlicher“ Umstände nicht möglich ist, hat der Reiseveranstalter ein Hotel der gebuchten Kategorie zur Verfügung zu stellen. Ersatzweise darf der Kunde selbst eine Herberge für maximal fünf Tage zum Höchstpreis von 125 Euro pro Person und Nacht wählen.

Das Europäische Parlament muss seine Beschlüsse nun noch mit den Mitgliedsstaaten abstimmen. Diese Verhandlungen beginnen im Juni. Bisher wird damit gerechnet, dass die Neuregelungen Mitte oder Ende 2015 in Kraft treten.



So sieht für viele ein perfekter Urlaub aus: Wasser, Palmen, Sonne – und bloß kein Ärger. Foto: dpa

Europa zündet die nächste Sanktions-Stufe

Krim-Krise Die Strafen sollen russische Spitzenfunktionäre treffen. Kiew erhält mehr Hilfe

VON DETLEF DREWES

Brüssel Die 28 EU-Staaten sind fest entschlossen, spätestens am Montag nach dem Referendum auf der Krim verschärfte Sanktionen gegen Russland in Kraft zu setzen. In Brüssel stellten die Unterhändler der Regierungen und der Kommission am Mittwoch die Liste der Strafmaßnahmen fertig. Das siebenseitige Dokument listete detailliert Art und Umfang der Kontensperrungen sowie der Reiseverbote auf. Demnach sollen neben Guthaben bei Banken auch weitere wirtschaftliche Ressourcen der Betroffenen eingefroren werden. Neben der Einreise in die EU wollen die Regierungen auch die Durchreise untersagen.

Noch ist allerdings unklar, gegen wen sich die Sanktionen richten. Im Gespräch sind 19 Spitzenfunktionäre aus Politik und Militär. Dabei handelt es sich dem Vernehmen nach um Verantwortliche für den massiven Druck Moskaus auf die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim. Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow werden allerdings ausgenommen, um die weiteren diplomatischen Be-



Einig: Angela Merkel mit Donald Tusk in Warschau. Foto: Janek Skarzyski, afp

mühungen nicht zu erschweren. Das Vorgehen entspricht dem Drei-Phasen-Plan, den die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Sondertreffen in der vergangene Woche abgesegnet haben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel

(CDU) sagte in Warschau auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, wenn es auf der russischen Seite „keine Änderungen“ gebe, wovon derzeit „leider“ auszugehen sei, müsse die „Stufe zwei“ der Sanktionen umgesetzt werden. Tusk kündigte an, der erste Teil des Assoziierungsabkommens der Europäischen Union mit der Ukraine solle bereits kommende Woche unterzeichnet werden.

Kommissionschef José Manuel Barroso stockte parallel dazu das Hilfsangebot der EU für die Ukraine auf. Nur einen Tag, nachdem man Kiew Zollerleichterungen für Unternehmen in Höhe von 500 Millionen Euro schon ab Juni in Aussicht gestellt hatte, legte Barroso vor dem Europäischen Parlament nach. „Ich kann mitteilen, dass die Kommission nächste Woche am 19. März vorschlagen wird, eine weitere Milliarde Euro als makroökonomische Unterstützung bereitzustellen.“ Diese Summe ist eine konkrete Solidaritätszusage, der Ukraine bei ihren kurzfristigen Problemen zu helfen.

Gleichzeitig erneute er das Gesprächsangebot an den russischen

Präsidenten Wladimir Putin. Er müsse das für Sonntag geplante Referendum über eine Abtrennung der Krim von der Ukraine stoppen. „Jede weitere Verschlechterung der Situation könnte zu weitreichenden Konsequenzen führen, was hoffentlich vermieden werden kann.“ Das Europäische Parlament stellte sich am Mittwoch hinter die Mitgliedsstaaten und die EU-Spitze. Nahezu einstimmig lehnten die Parlamentarier das geplante Referendum als nicht legitim ab. Rebecca Harms, Chefin der Grünen-Fraktion, warnte Russland davor, sich selbst zu isolieren.

US-Präsident Barack Obama hat dem ukrainischen Regierungschef Arseni Jazenjuk bei einem Empfang im Weißen Haus seine Unterstützung in der Krim-Krise zugesichert. Der russische Militäreinsatz auf der ukrainischen Halbinsel verletze internationales Recht und werde seinen „Preis“ haben, warnte Obama am Mittwoch in Washington. Zugleich drückte er die Hoffnung aus, dass die diplomatischen Bemühungen Moskau dazu bewegen, das geplante Referendum auf der Krim zu „überdenken“. (mit dpa)

Die Post-Brief-Ära

Logistik Wie die Post künftig Geld verdienen will

Bonn Seit sechs Jahren ist Frank Appel Chef des weltgrößten Post- und Logistikkonzerns Deutsche Post DHL. Mit zwei Milliarden Euro Gewinn liefert er eines der besten Konzernergebnisse ab. Schwachstellen? „Nein“, sagt Appel, „der Aufsichtsrat ist sehr zufrieden mit mir.“

Dabei versucht die Post, Teile ihres Geschäfts immer wieder neu zu erfinden. Ein Beispiel: Seit Jahren verschicken die Menschen immer weniger Briefe. 7,8 Milliarden waren es 2013 – wegen Bundestagswahl und Sepa-Umstellung drei Prozent mehr als im Jahr davor. Doch die Konkurrenz durch E-Mail und Internet ist unerbittlich: Die Sendungsmengen dürften künftig pro Jahr um zwei bis drei Prozent zurückgehen, schätzt Appel.

Den Umsatz der Briefsparte rettet bislang nur das Paketgeschäft, das vor allem vom boomenden Online-Handel profitiert. Mehr als jeder vierte Euro in der Briefsparte stammt inzwischen aus diesem Bereich. 2013 verschickte der Konzern erstmals mehr als eine Milliarde Pakete. „Wir tun alles dafür, dass unser Paketgeschäft weiter wächst“, sagt Brief-Vorstand Jürgen Gerdes.

Dazu gehört ein dichteres Netz an Packstationen, wo man Pakete aufgeben und abholen kann. Aus gutem Grund: Jeder missglückte Zustellversuch kostet den Konzern Geld – und ist lästig für Bote und Empfänger. Nun soll das Modell auch auf die Nachbarländer übertragen werden. Und wer will, soll sich bald eine Mini-Version, den sogenannten Paketkasten, vors Haus stellen können. Dann würden die Pakete auch zugestellt, wenn niemand zu Hause ist. Derzeit wird dieses System unter anderem in Ingolstadt getestet.

Dass einmal Transport-Drohnen die Zustellung übernehmen könnten, hält Gerdes indes in Deutschland für ausgeschlossen – auch nach dem jüngsten Post-Testflug in Bonn. Aber: „Ich bin mir sicher, dass solche Drohnen in den USA in einigen Jahren fliegen werden“.

Ungewiss ist auch der Erfolg der Postbusse, die nach 28 Jahren Pause im Bündnis mit dem ADAC ihre Wiedergeburt feierten. „Ich glaube, es war schlau, das auszuprobieren“, sagt Gerdes. Die Experimente kann sich die Post leisten – auch, weil die Tochter DHL immer höhere Gewinne einspielt. (dpa)